

Erklärung der IGB-Generalsekretärin zur Ukraine im Kongressplenum (23. Mai 2014)

"Überall auf der Welt verfolgen die Gewerkschaften den sich ausweitenden Konflikt in der Ukraine und die gefährlichen Ausstrahlungseffekte in der Region und darüber hinaus mit größter Besorgnis. Hauptsächlich und direkt von den Auswirkungen betroffen ist jedoch die Bevölkerung, durch die kontinuierliche Beeinträchtigung ihres täglichen Lebens, die Zerrüttung der Gesellschaft und zivilen Strukturen und die wachsende Unsicherheit im Hinblick auf ihre Zukunft in den kommenden Jahren.

Der Kongress betrauert die tragischen Todesfälle in der Ukraine, spricht den Familien und den Menschen in der Ukraine sein tief empfundenes Mitleid aus, verurteilt die Gewalt und das Niederbrennen von Gewerkschaftsgebäuden in Kiew und Odessa und schließt sich der Forderung nach einer unabhängigen Untersuchung und der Bestrafung der Verantwortlichen für die Brandstiftung und die dadurch verursachten Verluste an Menschenleben an.

Der Kongress ersucht die relevanten politischen Entscheidungsträger aus der Ukraine, in der Ukraine sowie die maßgeblichen internationalen Akteure – die Russische Föderation, die USA, die EU – dringend, ihren Einfluss uneingeschränkt geltend zu machen und keine Mühen zu scheuen, um die Genfer Vereinbarung umzusetzen und zu verhindern, dass der bewaffnete Extremismus außer Kontrolle gerät. Es ist dringend notwendig, in einen Dialog einzulenken und nach politischen Lösungen zu suchen sowie Spielraum zu schaffen, um den normalen Menschen, den Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft ein Mitspracherecht zu verschaffen und die Beeinflussung des Endergebnisses zu ermöglichen.

Der Kongress fordert eine Deeskalation der Spannungen, Respekt vor der Verfassung der Ukraine und ihrer territorialen Integrität, den Abzug der russischen Truppen von der Grenze zur Ukraine, die Entwaffnung illegaler Gruppen und militärischer Einsatzkräfte und den Abzug der Streitkräfte aus dem Südosten der Ukraine, wenn sich die Lage stabilisiert. Er fordert zudem konkretere Zusagen im Bereich der Menschenrechte, Instrumente der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der wichtigsten zuständigen Sicherheitsinstitution in der Region.

Wir stellen mit Bedauern fest, dass sich die wirtschaftliche und soziale Situation seither erheblich verschlechtert hat und die Gefahren zunehmen, wenn die derzeitigen Spannungen und die Gewalt anhalten. Die Landeswährung hat in den ersten fünf Monaten des Jahres 2014 bereits einen 28-prozentigen Wertverlust erlitten, wodurch die Einkommen und Lebensstandards der arbeitenden Menschen unmittelbar vor dem anstehenden massiven wirtschaftlichen Anpassungsprozess erheblich untergraben werden. Das düstere makroökonomische Bild wurde in der jüngsten EBWE-Prognose bestätigt, die von einem 7-prozentigen Rückgang des BIP im Jahr 2014 und einer Stagnation für 2015 ausgeht, vorausgesetzt, der Anpassungsprozess führt zu einer beginnenden Verminderung der Ungleichgewichte und es kommt zu keiner weiteren Eskalation der Spannungen.

Die Zerrüttung des Wirtschafts- und Sozialsystems schreitet voran, vor allem im östlichen Teil des Landes. Die Unternehmen haben Schwierigkeiten, ihren normalen Geschäften nachzugehen, Arbeitsplätze zu erhalten, während die Menschen auf Probleme stoßen, wenn sie zur Arbeit gehen, ihre Einkommen und Lebensweise erhalten wollen. Wir stellen ferner fest, dass die Ukraine angesichts der Notwendigkeit, die kritische Masse für einen Konsens zu erhalten, um Spielraum für greifende Reformen zu schaffen, und gleichzeitig für wirksame soziale Gerechtigkeit und Sozialschutz zu sorgen, um die Motivation der Menschen zu erhalten, vor einer immensen Herausforderung steht. Die Kosten des Anpassungsprozesses müssen gerecht auf alle verteilt werden und dürfen nicht allein zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und sozial schwacher Gruppen gehen.

Der Kongress bekräftigt erneut, dass der soziale Dialog ein unerlässliches Instrument für die Konzipierung und Umsetzung der anstehenden Reformen ist. Er weist darauf hin, dass die Gewerkschaften ihre Bereitschaft, zu diesem Prozess beizutragen, bereits unter Beweis gestellt haben. Diese Forderung der Arbeitnehmervertreter

und der repräsentativsten zivilgesellschaftlichen Organisationen bleibt die einzige zufriedenstellende Lösung für die Beendigung der Krise, die Rettung von Menschenleben und die Festlegung eines Kurses für die Zukunft, basierend auf Frieden, sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit und friedlicher Koexistenz.

Wir erklären uns solidarisch mit den ukrainischen Gewerkschaften und unterstützen die Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit, wie es sich die meisten Menschen in der Ukraine wünschen, die Opfer geopolitischer Spiele geworden sind."